



4/SN-337/ME

✓ LANDESSCHULRAT FÜR VORARLBERG

Zahl: 10-9/Dr.G./Ko-MH

Bregenz, am 14.5.1993
Sachbearbeiter:
Dr. Siegfried Graßmayr
Telefon-Durchwahl: 4960 41An das
Bundesministerium für
Unterricht und KunstMinoritenplatz 5
1014 Wien

BREM OGSETZENTWURF	
3P	-GE/19- P3
Datum: 19. MAI 1993	
Verteilt	19. Mai 1993 <i>Mer</i>

J. Ortwanger

Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem
das Landeslehrerdienstrechtsgesetz, das Gehaltsgesetz
und das Vertragsbedienstetengesetz geändert werden.

GZ.. 13.462/4-III/3/93

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Landesschulrat für Vorarlberg nimmt gemäß § 7 Abs. 3
Bundesschulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962 idgF zum
vorliegenden Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem das
Landeslehrerdienstrechtsgesetz, das Gehaltsgesetz und das
Vertragsbedienstetengesetz geändert wurden, **wie folgt Stellung:**

Zu Ziffer 14:

Im Zuge der Änderung des § 49 Abs. 3 LDG wäre in Erwägung zu
ziehen, § 51 Abs 3 LDG zu streichen und stattdessen die Ermitt-
lung des Ausmaßes der Lehrverpflichtung der Leiter von Polytech-
nischen Lehrgängen selbständig - unter Berücksichtigung der
strukturellen Eigenart - in § 51 LDG zu regeln.


Zu § 26 Abs 1 LDG:

Mit Hinweis auf das beigelegte Schreiben des BMUK, GZ. 624/18-
III/14/93 wird um allfällige Berücksichtigung der darin erwähn-
ten Problematik ersucht.

Die im Entwurf festgehaltenen Änderungen zum Landeslehrer-
dienstrechtsgesetz, insbesondere die gleiche Lehrverpflichtung
der Volks- und Sonderschullehrer, der Einbezug der Integration
behinderter Kinder und der ganztägigen Schulformen in die Lehr-
verpflichtungsbestimmungen werden begrüßt.

Im übrigen bestehen keine Einwände.

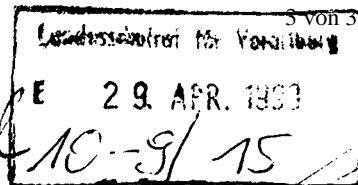
Mit freundlichen Grüßen
Für die Amtsführende Präsidentin


HR Dr. Werner König
Landesschulratsdirektor

Beilage: erwähnt



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST



GZ 624/18-III/14/93

Landesschulrat
für Vorarlberg
zu Händen Herrn
Landesschulinspektor
Oberschulrat
Ernst Wieser

in Bregenz

Anfrage zu § 26 des Landeslehrer-Dienstrechts-
gesetzes

Sehr geehrter Herr Landesschulinspektor !

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst bestätigt den Erhalt Ihres Schreibens vom 3. Februar 1993 betreffend die Interpretation des § 26 Absatz 1 des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes und stellt hiezu folgendes fest:

Es ist richtig, daß eine schulfeste Leiterstelle im Pflichtschulbereich nur an Landeslehrer im definitiven Dienstverhältnis verliehen werden darf. Ein im Bundesdienst befindlicher Übungsschullehrer, der sonst die Ernennungserfordernisse erfüllt, ist daher aufgrund der derzeitigen Rechtslage von der Verleihung ausgeschlossen. Im Ergebnis ist dieser Rechtszustand unbefriedigend. Die gegebene Anregung soll daher bei der nächsten Novellierung des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes Berücksichtigung finden.

Wien, 23. April 1993
Für den Bundesminister:
Dr. Gullner

F.d.R.d.A.: